

Nutzt die europäische Agrarpolitik den europäischen Biodiversitätszielen?

Expertenkonferenz diskutierte die Umwelteffekte der GAP in den 12 neuen EU-Mitgliedstaaten

Bonn, 20.6.2007: Die europäische Union hat sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt, den Verlust der Biodiversität bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Die zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten haben hierbei eine wichtige Aufgabe. Denn ihr Anteil am Agrarland mit hohem Naturwert (High Nature Value Farmland) ist besonders hoch. In den neuen Beitrittsstaaten und in den "alten" EU-Ländern Süd-Osteuropas finden sich die "hot spots" der von einer naturverträglichen Agrarbewirtschaftung abhängigen Arten. Der Stopp des Verlustes der biologischen Vielfalt in Europa ist deshalb hochgradig abhängig von den Erfolgen des Naturschutzes in den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Die Landwirtschaft kann die Ziele des Naturschutzes unterstützen, hat aber auch das Potenzial, diese zu gefährden. Daher kommt der Ausgestaltung der Agrarpolitik eine wichtige Rolle zu. Deshalb veranstaltete das Bundesamt für Naturschutz gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und der Stiftung EURONATUR in Bonn eine dreitägige Tagung zu diesen Themenbereichen, die heute zu Ende ging.

In zahlreichen Vorträgen aus den Reihen der Teilnehmer aus den EU-Mitgliedstaaten, der Wissenschaft, der Kommission und des Europäischen Rechnungshofes, konnte gezeigt werden, dass die Mitgliedstaaten vom Potenzial der europäischen Agrarpolitik zur Sicherung der Biodiversitätsziele in unterschiedlicher Weise Gebrauch machen. Gute Beispiele für klare Ziele und Strategien mit einem Fokus auf die Sicherung einer naturverträglichen Landbewirtschaftung standen solchen gegenüber, in denen die designierten Agrarumweltmaßnahmen dem Bedarf nicht gerecht werden und vornehmlich Intensivierung gefördert wird. Die Ursachen hierfür sind in einem Mangel an Informationen, in einer unausgeglichene Verteilung der finanziellen Ausstattung zwischen 1. und 2. Säule der Agrarpolitik, ungleichen Fördervoraussetzungen und in einem Mangel an Verwaltungskapazitäten für die Integration von Natur- und Umweltschutzbelangen zu suchen.

Eindringlich wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass die europäischen Biodiversitätsziele deutlich verfehlt werden, wenn es nicht bereits kurzfristig gelingt, die europäische Agrarpolitik umzusteuern. "Ich befürchte, dass wir erneut den falschen Weg gehen. Erst sorgen wir mit Agrarsubventionen für eine Zerstörung einer naturverträglichen Landwirtschaft, um anschließend wieder mit hohem Aufwand

zu retten, was noch zu retten ist", sagte BfN-Präsident Hartmut Vogtmann am Ende der Tagung. Besonders fatal sei, dass eine Strategie zur Sicherung der Biodiversitätsleistungen von Kleinstbetrieben nicht erkennbar sei. "Kleinstbetriebe haben ökonomisch keine Überlebenschance. Umso wichtiger, dass alle agrarpolitischen Instrumente zur Gestaltung des Strukturwandels an die Einhaltung von umweltpolitischen Mindeststandards gebunden werden und eine bessere finanzielle Ausstattung der 2. Säule erfolgt. Natura 2000 kann mit dem gegenwärtigen Finanzumfang nicht finanziert werden. Es besteht nur noch ein kleines Zeitfenster. Wir erwarten, dass bereits 2008 beim so genannten Gesundheitscheck der GAP den Anliegen des Natur- und Umweltschutzes verstärkt Rechnung getragen wird. Die Hinweise auf die Gefahr einer Verfehlung unserer auch global eingegangenen Biodiversitätsverpflichtungen sind zu eindeutig, um nicht daraus Konsequenzen zu ziehen", sagte Hartmut Vogtmann.

Bundesamt für Naturschutz
- Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit -
Konstantinstraße 110
D-53179 Bonn

Telefon: 0228 - 8491 - 4444
Telefax: 0228 - 8491 - 1039
E-Mail: presse@bfn.de